

September 2014

# roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

## Inhalt

- Mehr Profit auch unser Ziel?
- BHKW von VW Salzgitter
- Fritz: VW bester Arbeitgeber?
- TTIP stoppen
- Fracking
- Profit reicht nie
- Runter mit der Rüstung

[www.roter-kaefer.de](http://www.roter-kaefer.de)

# Mehr Profit auch unser Ziel?

Mach 18, Future Tracks, VW als größter Autohersteller vor Toyota und GM, immer weiter, größer schneller, effektiver, das sind die Ziele des Unternehmens. Es geht um eine „wettbewerbsfähige“, sprich höhere Kapitalrendite. Wir tragen das mit lautet ein Kommentar des Konzernbetriebsratsvorsitzenden Osterloh. Warum eigentlich? Was haben wir davon, wenn VW der weltgrößte Automobilhersteller ist?

Für viele scheint klar, wenn es Volkswagen gut geht, geht's uns auch gut, das sieht man doch am Bonus (Sonderzahlung), auch wenn der dieses Jahr wohl nicht so üppig wird. Das Beispiel zeigt, wie problematisch ergebnisbezogene Entgeltbestandteile sind. Wir brauchen planbare, gesicherte Einkommen, um unser Leben lebenswert zu gestalten. Auch deshalb sind wir gegen Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen.

## Eigene Ziele formulieren!

Wir müssen unsere eigenen Ziele und Forderungen lauter formulieren: Arbeit, die nicht krank macht, Produkte, die nicht die Umwelt zerstören, sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse, ein Einkommen, das ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und Zeit für Kinder, Familie, Freunde und Alte, für uns selbst, für gewerkschaftliche und politische Betätigung! Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Deshalb kann die Unternehmerlogik nicht unsere sein.

Aber wir leben nun mal im Kapitalismus, da gelten die Raubtiergesetze der Konkurrenz und ohne Gewinne geht es auch im Sozialismus nicht, wird mancher Kollege einwenden. Stimmt. Gewinne sind nötig für Innovationen, für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen z.B. für eine zusätzliche Linie, damit Wochenendarbeit entfallen kann.

Oder damit für Leistungsgewandelte, Erziehende und Pflegende ein passender Arbeitsplatz bereitgestellt werden kann, oder für die Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Aber Kapitalrendite ist was ganz anderes. Das ist das, was nach Abzug aller Investitionen die Aktionäre einsacken, ohne einen Finger zu rühren! Um die müssen wir uns nicht sorgen. Gerade bei Volkswagen. Denn wer sind die Hauptaktionäre? Der steinreiche Porsche/Piech-Clan und der Emir von Katar, dann das Land Niedersachsen. Na gut, aber noch haben wir keinen Sozialismus.

Was also tun? Menschen davon überzeugen, dass dieser Kapitalismus keine Zukunft hat, beweisen, dass es auch anders geht. Verteidigen, was wir haben und mehr erkämpfen. Wenn es sein muss, dem Unternehmen zeigen, dass es uns braucht, um seine Profite zu realisieren. Die Tarifrunde steht vor der Tür. Und - da hat Bernd Osterloh recht - dafür sorgen, dass die Spar- und Effizienzprogramme nicht auf Kosten der Belegschaft gehen.



\*) Aus der "Brandrede" des VW-Chefs vor 1000 Managern

## Piech und Winterkorn sind Spitze

...was die Höhe der Dividende und des Einkommens angeht.

Herr Winterkorn bekam 2013 satte 13,2 Millionen und die Familien Porsche und Piech steigerten laut Wirtschaftswoche ihre Einnahmen aus Dividenden um 10% und liegen damit an der Spitze aller Aktionäre. 335 Mio sollen es sein.

Nach unseren Berechnungen, siehe letzter Käfer, ist es allerdings fast das doppelte, nämlich ca. 600 Millionen.

## Reichtum

Familie Porsche/Piech belegt unter den reichsten Sippen des Landes den unangefochtenen Platz 1 mit jeweils 23,5 Milliarden Euro Vermögen. (BZ 6.9.14)

## BHKW von VW Salzgitter Licht aus?

Das Projekt war mit viel Vorschuss-Lorbeeren bedacht worden: 2009 erklärten Volkswagen und der Ökostromanbieter Lichtblick feierlich „eine weltweite exklusive Energie-Partnerschaft“, in der VW Salzgitter kleine Blockheizkraftwerke (BHKW) baut, die von Lichtblick vermarktet werden. Deren Abwärme kann gleich direkt am Ort genutzt werden, die Stromproduktion schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe.

In den Mini-Kraftwerken laufen VW-Gasmotoren, die auch schon im Touran und Caddy zum Einsatz kamen. Sogar zwei Atomkraftwerke sollten überflüssig werden. Eine fast „ideale“ Partnerschaft: Zum einen werde mit dem Gemeinschaftsprojekt die Energiewende voran getrieben, zum anderen galt es als Vorzeigeprojekt für den VW-Investitionsfond II, der Arbeitsplätze „außerhalb der automobilen Wertschöpfungskette“ schaffen soll.

Nun scheint das Projekt kläglich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen zu schei-

tern. Lichtblick wirft VW vor, die Wolfsburger hätten die Kooperation mit einem realitätsfernen Preisdiktat vor die Wand gefahren. Dadurch sei fast jede siebte Lichtblick-Stelle in Gefahr. Auf der Gegenseite spricht VW kühl von Differenzen, die Vorstellungen beider Unternehmen „hätten weit auseinandergelegen“.

Für Nicht-Insider ist es schwierig, den jeweiligen Wahrheitsgehalt abzuschätzen. Am wahrscheinlichsten scheint es uns, dass beide möglichst viel Profit heraus schlagen wollten und darüber in Streit geraten sind.

Nichts Ungewöhnliches unter Kapitalisten. Aber ein Menetekel dafür, was uns blüht, wenn wir unsere Herren weiterhin ungestört „ihre Kreise“ ziehen lassen. Dann wird nämlich sowohl die Energiewende an die Wand gefahren und Arbeitsplätze „außerhalb der automobilen Wertschöpfungskette“ stehen auch in den Sternen!

## Freibeuter des Atlantik

# TTIP stoppen!

## VW-Chef will TTIP

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP, das z.Z. im Geheimen zwischen den USA und der EU verhandelt wird, gefährdet grundlegende Sozialstandards für die arbeitenden Menschen. So nennt es IGM-Vorsitzender Wetzlar ein „Unding, dass die USA nur zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationale Arbeitsorganisation ILO unterschrieben haben. Auch nicht die Koalitionsfreiheit, also das Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren“ (Handelsblatt, 9.4.14).

Besonders skandalös: Konzerne sollen Staaten verklagen können, wenn Umwelt- und Sozialstandards ihre Profiterwartungen schmälern. So verklagt schon heute Vattenfall Deutschland auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz wegen des Atomausstiegs. Und Kanada hat eine Klage gegen ein Fracking-Moratorium am Hals. Die Gewerkschaften fordern daher: Einen Freifahrtschein für Konzerne darf es nicht geben!

VW-Vorstandschef Winterkorn scheint das anders zu sehen: Laut WN vom 4.7. hat er in einer Rede vor dem CDU-Wirtschaftstag „den Abschluss des umfassenden Handels- und Partnerschaftsabkommens (TTIP)“ verlangt. Das wäre ein „Turbo für den transatlantischen Markt“.

**Das Bündnis TTIPunfairhandelbar bereitet eine Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP vor, die im September beginnt.**

**Damit soll die EU-Kommission aufgefordert werden, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen.**

**Und am 11. Oktober gibt es einen europäischen Aktionstag.**

**Mehr Infos unter: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>**



### Fritz zum Thema: VW - bester Arbeitgeber?

Ina ist wütend: „Frauenförderung, dass ich nicht lache. Meiner Schwester mit ihrer 10jährigen Tochter haben sie jetzt die Normalschicht weggenommen und sie in die 3er Schicht kurzzyklisch gesteckt, wie sie das wohl mit der Betreuung organisieren soll!“

„Was sagt denn der Betriebsrat dazu?“ fragt Timo.

„Dass ein 10jähriges Kind doch schon mal allein bleiben kann“

„Und die Frauenförderung?“ hakt Gabi nach.

„Kann auch nichts machen, haben sie gesagt, es gibt halt zu wenig Plätze in Normalschicht.“

„Das ist das Problem“ mischt sich Herbert ein, mein Kollege Erwin, der sich hier kaputt gemacht hat, kriegt auch keinen angemessenen Arbeitsplatz“-“Aber VW hat doch sogar irgendeinen Preis für Inklusion gekriegt, hab ich gelesen.“

„Dass ich nicht lache, wahrscheinlich haben sie irgendwo einen Arbeitsplatz für nen Rollifahrer eingerichtet, ich kann mich noch erinnern, was das für ein Theater war, einen Azubi einzustellen, der lediglich zuckerkrank ist und sich spritzen muss, oder an die blinden Kollegen, die im Lärmbereich eingesetzt wurden, um ihnen auch noch diesen Sinn zu rauben.“

Rolf läuft zur Hochform auf. Recht haben sie alle: egal ob Frauen oder Männer, Menschen, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, Schwerbehinderte oder Beschäftigte mit Einschränkungen oder zur Wiedereingliederung, alle haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn das Unternehmen nicht endlich begreift, dass mehr Kreativität und Geld in Arbeitsplätze für diese Beschäftigtengruppen investiert werden muss, schießt es sich selbst ins Knie.

Fehlzeiten, ein krankmachendes Arbeitsklima und ein schlechter Ruf als Arbeitgeber sind kontraproduktiv.

Mit den richtigen Arbeitsbedingungen hingegen gewinnt VW motivierte und leistungsbereite Beschäftigte!

Meint jedenfalls

*Euer Fritz*

#### Impressum:

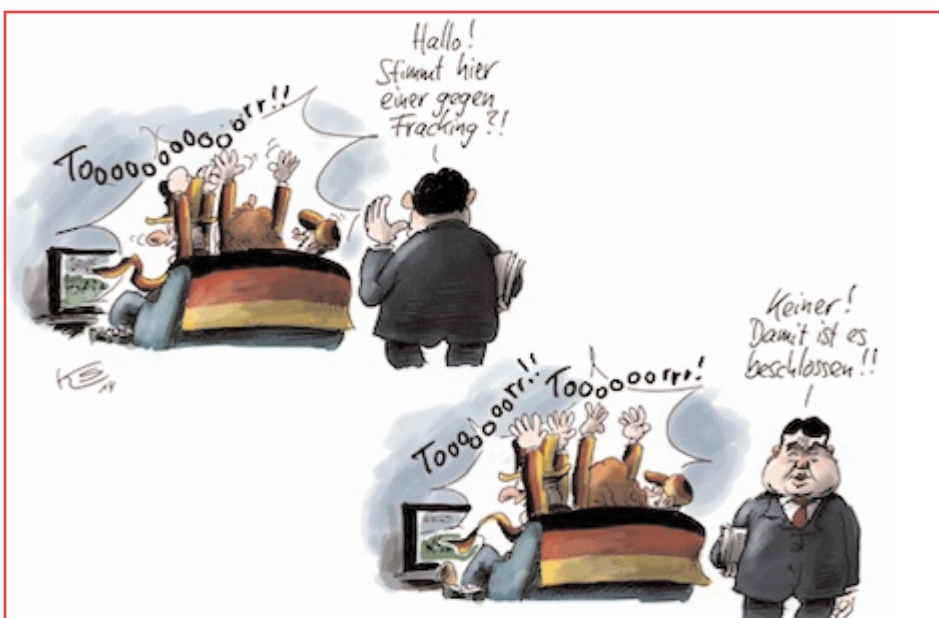
Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig





## Fracking-PR im Windschatten der Russophobie

Minister Gabriel (SPD) hat noch vor der Sommerpause im Windschatten der WM-Begeisterung ein Gesetz vorbereiten lassen, das Fracking unter minimalen Auflagen erlaubt:

Fracking wird nur in Wasserschutzgebieten verboten – und auf mehr als 80% der Landesfläche erlaubt. Aber Grundwasserströme machen an den Grenzen der Schutzgebiete nicht halt.

Eine zahnlose Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für Gasbohrungen: Eine UVP stellt nur sicher, dass die gesetzlichen Standards auch tatsächlich eingehalten werden – geht aber nicht über die Standards hinaus, die bisher auch schon gelten. Was uns hier als Regulierung verkauft wird, ist damit eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Bis jetzt ist kaum erforscht, ob und wie sich die Risiken des Frackings beherrschen ließen – und viele langfristige Probleme lassen sich heute noch gar nicht absehen. Ein Verbot aller Formen des Frackings wäre angesichts der Risiken notwendig – in Gabriels Plänen aber nicht enthalten. Selbstverständlich wird Fracking nun von seinen Befürwortern als goldener Ausweg aus der Energieabhängigkeit von Russland propagiert. Oder um es anders zu sagen: Um Fracking in Deutschland durchzudrücken, braucht es den Popanz der russischen Erpressung. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen unterstellt sogar, Gegner des Frackings handelten gleichsam als Einflussagenten der russischen Regierung. Denken Sie bitte daran, wenn Sie demnächst in Ihrer Zeitung oder Ihren TV-Nachrichten wieder einmal etwas vom bösen Russen hören, der „uns“ das Gas abdrehen will.

## Profit reicht nie!

Den größten Anteil an den deutschen Dax-30-Konzernen besitzen die sog. „Institutionellen Anleger“. Das sind Kapital-sammelstellen wie BlackRock, UBS und Deutsche Bank. Aber auch die Gründerfamilien haben noch einen erheblichen Anteil, vorneweg der Porsche-Piech-Clan mit 30 Milliarden Euro. Dem Clan gehören 51% des VW-Konzerns. Diesen sagenhaften Reichtum soll nun das VW-Sparprogramm zur Erhöhung der „Rendite“ noch weiter vermehren. Denn Profit reicht eben nie!

„Man kann nicht 20 Jahre lang sagen, wir wollen acht bis zehn Prozent Rendite. Das ist irgendwann zu bescheiden.“ (Analyst Jürgen Pieper vom Bankhaus Metzler, FR vom 8.7.14)

„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann

es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ (Karl Marx, Das Kapital)

„Autohersteller streben einen Puffer von bis zu 20 Prozent an - durch Zusatzschichten und Arbeitszeitkonten, aber auch durch Zeitarbeitskräfte und externe Dienstleister“, so Andreas Tschiesner, Automobilexperte bei McKinsey. Firmen investierten in Deutschland, wenn die Arbeitnehmer Zugeständnisse machten. Tschiesner: „Es geht vor allem um Flexibilität, also um Extraschichten ohne enorme Zuschläge.“ (Focus vom 18.8.14). Wurden die „Maccies“ dafür auch bei VW engagiert?

## Wird Gewerkschaftsmobbing belohnt?

Anfang des Jahres hat die Autogewerkschaft UAW im neuen VW-Werk in Chattanooga knapp die Abstimmung darüber verloren, ob sie die Belegschaft vertreten darf.

Vorausgegangen war in dem konservativen Südstaat eine wüste Angstkampagne gegen die Gewerkschaft. So hatte z.B. der republikanische Senator Corker behauptet, VW werde nur dann eine neue Investition in das Werk vornehmen, wenn die UAW die geheime Abstimmung verlieren würde (WN vom 17.2.14). Außerdem hatte er gedroht, das Werk künftig von „Investitionshilfen“ auszuschließen.

Nun scheint sich die Kampagne für die Reaktionäre auszuzahlen. VW-Chef Winterkorn gab im Juli bekannt, dass im Werk in Chattanooga ab 2016 der CrossBlue gebaut wird. Der Grund dafür laut Frankfurter Allgemeine vom 15. Juli: „Der Bundesstaat Tennessee lockt mit hohen Subventionen“.

Das Nachsehen werden die Arbeiter in den Südstaaten der USA haben: Weil sie keine Gewerkschaft haben, liegen ihre Löhne bei nur etwas mehr als der Hälfte der Löhne im traditionellen Auto-Standort Detroit.

## Der Emir mit Beziehungen

Tamim Al Thani (34) ist Herrscher eines erstaunlichen Staates: Katar hat nur 250.000 Bürger, aber beste Beziehungen zu diversen Terror-Gruppen und zwei Vertreter im VW-Aufsichtsrat. Katar ist kleiner als Schleswig-Holstein, aber das Emirat ist eine Supermacht im globalen Erdgas-Markt und ein Großinvestor in europäischen Unternehmen.

Wo immer auf der Welt islamistische Bewegungen ihr Unwesen treiben, hat Katar die Hand im Spiel: als 2012 im Norden Malis ein Aufstand unter Beteiligung der dschihadistischen Bewegung MUJAO losbrach oder in Libyen, wo die dschihadistische Ansar al-Scharia ein Emirat ausgerufen hat. Und es gehört gemeinsam mit Saudi-Arabien zu den Hauptfinanziers der Terrorbande IS in Syrien und Irak. Und für diese „feine Gesellschaft“ noch mehr Profit durch das VW-Sparprogramm?

[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

[www.dkp.de](http://www.dkp.de)

[www.roter-kaefer.de](http://www.roter-kaefer.de)

## Autoklimaanlagen: Kehrtwende bei VW?

Im Frühjahr letzten Jahres hatte VW während des Genfer Autosalons angekündigt, zukünftig auf das natürliche Kältemittel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) für Klimaanlagen umzusteigen. Dafür war VW von allen Seiten gelobt worden. Andere Hersteller wollen dagegen das von den Chemiekonzernen Dupont und Honeywell angebotene 1234yf einsetzen, von dem sich die Chemiemultis ein glänzendes Geschäft versprechen. Diese Chemikalie ist aber brandgefährlich, denn bei Unfällen mit Bränden entsteht ätzende und hochgiftige Flusssäure. Sie hat aber für die Autobauer den Vorteil, dass sie in die bestehenden Klimaanlagen eingefüllt werden kann, während bei Verwendung von CO<sub>2</sub> eine Umkonstruktion nötig ist.

Ende Juni hat nun der Spiegel gemeldet, dass „Volkswagen im Kühlmittelstreit eine spektakuläre Kehrtwende hinlegt - leider nicht zum Guten. Monatelang hatte Europas Autobauer Nummer eins in der

Öffentlichkeit die Vorteile des ungefährlichen, aber teureren Kältemittels CO<sub>2</sub> für Auto-Klimaanlagen propagiert. Stets wurde beteuert, schnellstmöglich auf diese Technologie umzusteigen. Jetzt aber schließt der Konzern eine größere Bestellung des umstrittenen Mittels 1234yf nicht mehr aus.“ (Spiegel online 19.6.14). Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) schätzt die Mehrkosten beim Einsatz von CO<sub>2</sub> auf etwa 50 €/PKW und rät deshalb vom Kauf von PKW mit dem Kältemittel 1234yf ab und warnt VW vor einem „Zick-Zack-Kurs mit Hintertür“. Will VW wegen eines solchen geringen Kostenvorteils sein Ziel aufs Spiel setzen, der ökologisch fortschrittlichste Autobauer zu werden? Übrigens: Der VCD ist VW durchaus wohlgesonnen. So wurde die Erdgasvariante des eco up! in der Auto-Umweltliste des VCD zweimal auf Platz 1 der Bestenliste gesetzt!

## Scheinheilig

„Terroristen kann man nicht durch Demonstrationen, Appelle oder gar Gebete beeindrucken, deshalb muss man Waffen liefern“. Eben muss diese Argumentation dafür herhalten, dass die Regierung der BRD Waffen an die Kurden liefert und damit zur Kriegerpartei wird.

Wie scheinheilig! Kein Wort darüber, dass sämtliche bewaffnete sogenannte Antiterrorereinsätze der USA und ihrer Verbündeten z.B in Afghanistan und Irak nur Tote, Chaos und Elend hinterlassen haben.

Kein Wort darüber, dass diese Terroristen Gewächse der westlichen Geheimdienste sind und hochgepöppelt wurden um da,

wo man nicht selbst einmarschieren wollte, als Stellvertreter zu agieren.

Kein Wort, dass die Bundesrepublik den Großteil ihrer Waffenexporte in diese Region getätigt hat und damit Mitverantwortung für das Morden trägt.

Wie wäre es, wenn die BRD und die Nato ihre Auslandseinsätze dafür nutzen, die Waffenlieferungen an die Terroristen zu unterbinden? Oder Sanktionen nicht nur gegen Rußland, sondern gegen Saudi-Arabien, Katar und die Türkei?

**Für uns gilt weiter: Frieden schaffen ohne Waffen!**

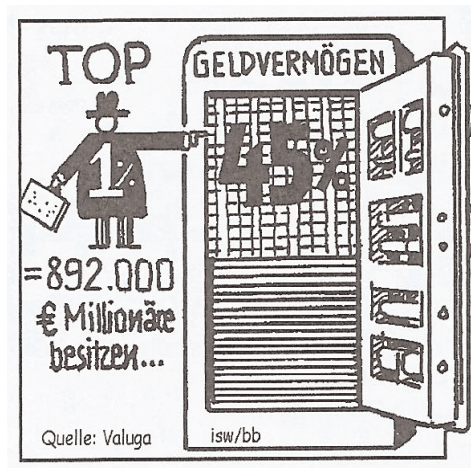


## „Wer stoppt den Dschihadisten?“

fragte das ehemalige CDU-Bundestagsmitglied Jürgen Todenhöfer auf seiner Facebook-Seite im Juni als Unterschrift zu einer Fotomontage mit Bundespräsident Gauck.

Und weiter: "Was haben wir bloß getan, um einen solchen 'Dschihadisten' als Präsidenten zu bekommen?" Und Todenhöfer erinnert auch an die deutsche Geschichte: „Unser Ex-Pfarrer erinnert immer mehr an den deutschen Militärpfarrer Adolf Schettler, der noch 1915 im 1. Weltkrieg schwärmte: "Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben. Er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll totschießen, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die sausende Klinge auf den Gegner schmettern. Das ist seine heilige Pflicht. Ja, das ist GOTTESDIENST".

„Nein, Herr Gauck! Das ist Krieg! Wer stoppt diesen überdrehten Gotteskrieger, der Sarrazins Mut so sehr bewunderte?“ fragt Todenhöfer.



## Obszöne Vermögensverteilung

Weltweit besitzen die 85 reichsten Menschen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, rund 3,5 Milliarden Menschen.

Auch in Deutschland ist die Schere zwischen Arm und Reich weit geöffnet: Nach aktuellen Berechnungen der Entwicklungsorganisation Oxfam verfügen allein die fünf reichsten Deutschen mit über 101 Milliarden Euro über ebenso viel Vermögen wie die unteren 40 Prozent der Bevölkerung zusammengenommen – rund 32 Millionen Menschen. Die reichsten 1 %, die herrschende Klasse in Deutschland, besitzt 45 % des gesamten Geldvermögens (siehe Schaubild).

Jörn Kalinski, Oxfams Kampagnendirektor, kommentiert: „Deutschland ist ein geteiltes Land. Die Grenze verläuft allerdings nicht auf der Landkarte, sondern auf den Kontoauszügen: Es ist die Grenze zwischen den Reichen und dem großen Rest. Eine solche extreme Vermögensverteilung ist obszön.“

Mehr Infos unter: [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20140701\\_hintergrund\\_die\\_reichen\\_und\\_der\\_rest.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20140701_hintergrund_die_reichen_und_der_rest.pdf)